



Meine Zukunft – Meine Meinung

Die Studie "Zukunft? Jugend fragen!" untersuchte die Meinung junger Menschen im Alter von 14 bis 22 Jahren über Umwelt und Klima, thematisierte ihre Sorgen und ihr Engagement. Die Studie wurde im Jahr 2023 durchgeführt und vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und dem Umweltbundesamt (BMU) herausgegeben. Bei der Studie wurde die Stichprobe der Befragten nach ihren Einstellungen zu Politik, Umwelt und Konsum in vier große Gruppen aufgeteilt (siehe Material M1, Studie S. 13-15).

Aufgabe 1: Meine Meinung

- a) Lesen Sie die Typbeschreibungen in Material M1 und analysieren Sie deren jeweiliges Antwortverhalten.
- b) Wählen Sie eine der drei Positionen aus, die ihre persönlichen Überzeugungen am besten widerspiegelt.
- c) Positionieren Sie sich im Vier-Ecken-Spiel zu einer Gruppe im Raum, die am besten auf Sie zutrifft. Begründen Sie, warum Sie sich der jeweiligen Gruppe zugeordnet haben.
- d) Sprinter Aufgabe: Diskutieren Sie, inwieweit eine Typisierung wie in M1 sinnvoll ist.

M1 - Meine Lebenswelt: Welcher Typ bin ich?

Die Idealistischen

Unter den Idealistischen sind Nachhaltigkeit und Umweltbewusstsein am weitesten verbreitet. Sie setzen in ihrem Alltag häufig nachhaltige Verhaltens- und Konsumweisen um. Außerdem engagieren sie sich vergleichsweise oft für Umwelt- und Klimaschutz, zum Beispiel indem sie Online-Petitionen unterstützen oder Social-Media-Beiträge teilen. Obwohl sich die Idealistischen stärker als die anderen Typen mit der Klimabewegung identifizieren, lehnen sie mit einer breiten Mehrheit radikale Protestformen wie Sachbeschädigungen oder Straßenblockaden ab.

Politisch ist den Idealistischen der Umwelt- und Klimaschutz deutlich wichtiger als den anderen Typen. Dazu passt, dass sie am ehesten einen Mangel an Engagement für Umwelt- und Klimaschutz bei zentralen Akteuren wie Politik und Wirtschaft wahrnehmen. Zugleich sehen die Idealistischen deutlich häufiger positive Auswirkungen von Umwelt- und Klimaschutz auf soziale Ziele. Ebenso befürwortet diese Gruppe am stärksten staatliche Eingriffe für mehr Umwelt- und Klimaschutz gegenüber Firmen und auch Privatpersonen.

Die Idealistischsten sind außerdem am pessimistischsten, was die Zukunft von Gesellschaft und Klima- und Umweltschutz angeht. Bei den Idealistischen finden sich eher junge Frauen (57 Prozent) und höher gebildete junge Menschen (58 Prozent).

Die Wirtschaftsfokussierten

Bei der Anwendung der Typologie aus den letzten Jahren auf die aktuellen Ergebnisse der Studie zeigte sich, dass eigentlich statt drei nun vier Jugendtypen unterschieden werden müssen. Der neue Typ der Wirtschaftsfokussierten zeichnet sich dadurch aus, dass er zwar wie die Idealistischen tendenziell hoch gebildet und politisch interessiert ist, dem Umwelt- und Klimaschutz jedoch deutlich kritischer gegenübersteht. Die Wirtschaftsfokussierten setzen sich wenig für Umwelt- und Klimaschutz ein. Manchen nachhaltigen Verhaltensweisen und Engagementformen gegenüber sind sie von allen Jugendtypen am meisten abgeneigt. So ist ihnen statusorientierter Konsum, zum Beispiel die neueste Mode und Technik, besonders wichtig. Auch politischen Einsatz für Umwelt- und Klimaschutz praktizieren sie wenig. Radikale Protestformen lehnen sie deutlich ab.

Besonders charakteristisch für die Wirtschaftsfokussierten ist, dass die wirtschaftliche Entwicklung für sie klar Vorrang vor Umwelt- und Klimaschutz hat. So ist diese Gruppe am stärksten der Überzeugung, dass mehr Umwelt- und Klimaschutz nachteilig für die Industrie ist. Auch staatlichen Eingriffen in das Handeln sowohl von Unternehmen als auch von Privatpersonen stehen die Wirtschaftsfokussierten sehr kritisch gegenüber. Sie sind von allen Jugendtypen am häufigsten zufrieden mit dem Einsatz verschiedener Akteure für Umwelt- und Klimaschutz. Insbesondere bei Industrie und Wirtschaft sind sie deutlich häufiger der Überzeugung, dass diese schon genug für Umwelt- und Klimaschutz tun (33 Prozent). Ein wichtiges politisches Themenfeld für die Wirtschaftsfokussierten ist außerdem das Bildungswesen. Die Gruppe der Wirtschaftsfokussierten ist mehrheitlich männlich geprägt (57 Prozent).

Die Pragmatischen

Dem neuen Typ der Wirtschaftsfokussierten in ihren Einstellungen nahe sind die Pragmatischen. Auch sie sind eher wirtschaftsorientiert, sorgen sich aber stark um soziale Gerechtigkeit und sind dem Umwelt- und Klimaschutz gegenüber weniger abgeneigt als die Wirtschaftsfokussierten. Dies ist Ausdruck einer Grundhaltung, die versucht, vielfältigen Aspekten und Anforderungen auf pragmatische Weise Rechnung zu tragen. Die Pragmatischen engagieren sich wenig für Umwelt- und Klimaschutz, teilweise noch weniger als die Wirtschaftsfokussierten. Konsum ist ihnen relativ unwichtig, dabei gestalten sie ihren Einkauf tendenziell wenig nachhaltig (zum Beispiel kaum biologische oder faire Produkte).

Die Pragmatischen sind von der Politik eher enttäuscht und haben wenig Interesse daran, sich einzubringen. So ist diese Gruppe von allen vier Typen am wenigsten der Ansicht, dass Politikerinnen und Politiker sich darum kümmern, was die Leute denken (10 Prozent). Verglichen mit den Wirtschaftsfokussierten sind sie deutlich unzufriedener, was den Beitrag verschiedener Akteure zum Umwelt- und Klimaschutz angeht. Insbesondere von der Wirtschaft erwarten sie mehr Engagement. Sie sind nicht so stark der Überzeugung, dass die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen Vorrang hat und Umweltschutz nachteilig für die Industrie sein muss. Bei den Pragmatischen finden sich ebenfalls mehr junge Männer, jedoch aus allen Bildungshintergründen.

Die Distanzierten

Distanz haben die Distanzierten vor allem zur Politik. Eine sehr große Mehrheit von über 90 Prozent interessiert sich nicht für Politik. Demokratie und die Europäische Union sind ihnen eher unwichtig, politisch fokussieren sie sich noch am ehesten auf soziale Gerechtigkeit (81 Prozent) und die Kosten- und Preisentwicklung (80 Prozent). Umwelt- und Klimaschutz ist ihnen nicht so wichtig wie anderen Gruppen (-11 Prozent unter dem Durchschnitt), sind aber bezüglich der Zukunft von Umwelt und Klima ähnlich pessimistisch wie die Idealistischen.

Für Umwelt- und Klimaschutz engagiert sich auch diese Gruppe recht wenig. Im Gegensatz dazu ist ihnen Konsum, ähnlich wie den Wirtschaftsfokussierten, relativ wichtig. Sie möchten gerne die neueste Technik (79 Prozent sehr und eher wichtig) oder Mode (63 Prozent sehr und eher wichtig) besitzen und Leihen oder Teilen von Konsumgütern kommt für sie seltener in Frage. Ihren Konsum gestalten sie wenig nachhaltig, von allen Jugendtypen ist ihnen plastikfreier, biologischer und fairer Einkauf am wenigsten wichtig. Die Distanzierten sind mehrheitlich weiblich (56 Prozent) und etwas niedriger gebildet als andere Jugendtypen.

In dieser Abbildung wird das Antwortverhalten der Vertreter der vier Gruppen noch einmal aufgeschlüsselt (Studie 2023, S.12).

**Tabelle 2:
 So unterscheiden sich die Gruppen (Auswahl relevanter Statements)**

	Durchschnitt	Idealistische	Pragmatische	Wirtschafts-fokussierte	Distanzierte
Politik und Gesellschaft					
Wir brauchen in Zukunft mehr Wirtschaftswachstum, auch wenn das die Umwelt belastet.	44 %				
Politik interessiert mich eigentlich nicht.	46 %				
Ich finde, die Klimaaktivistinnen/Klimaaktivisten verbreiten vor allem übertriebene Panik und Aufregung.	61 %				
Ich habe das Gefühl, dass Klimaschützerinnen/Klimaschützer mir vorschreiben wollen, wie ich leben soll.	70 %				
Alltag und Konsum					
viel Geld zu verdienen	87 %				
sich vorwiegend vegetarisch oder vegan zu ernähren	26 %				
fair hergestellte und gehandelte Produkte zu kaufen	63 %				
Produkte aus biologischem Anbau zu kaufen	55 %				
Kleidung nach der neusten Mode zu tragen	36 %				

Unter dem Durchschnitt
 Im Durchschnitt
 Über dem Durchschnitt

Die Tabelle zeigt den Anteil der Befragten, die der jeweiligen Aussage voll und ganz oder eher zustimmen bzw. sie sehr oder eher wichtig finden.

Aufgabe 2: Meine Lebensrealität und mein Konsumverhalten

Der CO₂-Rechner des Umwelt Bundesamts berücksichtigt neben CO₂ die Treibhausgase Methan und Lachgas mit der entsprechenden Klimawirkung im Vergleich zu CO₂ (Einheit CO₂-Äquivalente). Ebenfalls sind Flugäquivalente miteinbezogen. Sie berücksichtigen auch die Klimawirksamkeit z.B. des in großer Höhe von Flugzeugen emittierten Wasserdampfes. Wenn Sie „Mein CO₂-Fußabdruck im Schnellcheck“ anklicken, können Sie ein paar wichtige Fragen beantworten. Aus Ihren Antworten berechnet der CO₂-Rechner, wieviel CO₂ Sie in einem Jahr erzeugen. Weil Sie nur wenige Fragen beantworten, ist das Ergebnis nicht genau. Dafür geht es sehr schnell.



CO₂-Faktoren, Vergleichswerte und die Rahmenbedingungen ändern sich im Lauf der Zeit. Die hier genutzten Faktoren und Vergleichswerte beziehen sich auf die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse. KlimAktiv ermittelt sie in Zusammenarbeit mit dem ifeu (Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg) und dem Öko-Institut und pflegt sie in den CO₂-Rechner ein. Bitte berücksichtigen Sie jedoch, dass sich selbst die neuesten Faktoren auf die wissenschaftlichen Erkenntnisse vergangener Jahre beziehen.

(Quelle: https://uba.co2-rechner.de/de_DE/manual und https://uba.co2-rechner.de/de_DE/ (letzter Zugriff: 10.12.2024))



- a) Folgen Sie dem Link und berechnen Sie Ihren CO₂-Fußabdruck.
https://uba.co2-rechner.de/de_DE/sc-living-hs#panel-scenario
- b) Vergleichen Sie Ihren Fußabdruck mit einer durchschnittlichen deutschen Person. Tauschen Sie sich auch mit Ihrem Nachbarn aus und vergleichen Sie ihre Ergebnisse.
- c) Hinterfragen Sie kritisch, inwieweit Ihre Einstellungen aus Aufgabe 1 mit Ihrer Lebensrealität und Ihrem Konsumverhalten übereinstimmen.
- d) Besprechen Sie mit Ihrem Partner, welche nachhaltigen Strategien Sie schon in Ihrem Alltag umsetzen.
- e) Erstellen Sie aus Ihren Erkenntnissen aus Aufgabe d) eine Liste mit Handlungsempfehlungen für nachhaltige Strategien im Alltag. Für Anregungen können Sie gerne den Link <https://www.umweltbundesamt.de/uba-umwelttipps> nutzen.
- f) Evaluieren Sie die Nützlichkeit eines CO₂-Rechners, um Menschen zu nachhaltigeren Lebensweisen zu animieren.

Aufgabe 3: Unsere Zukunft gemeinsam gestalten

In der Beteiligungswerkstatt „Youth Lab“, die als Ergebnis der BMU-Studie entworfen ist, haben sich Jugendliche mit nötigen Maßnahmen für die Politik und Gesellschaft auseinandergesetzt. Die Forderungen des Jugendprojektbeirats lauten wie folgt:

1. Übergeordnete Klimaziele: „Grüne Null ist wichtiger als „Schwarze Null“
2. Mobilitätswende: Vom Autoland zur grünen Verkehrsmittelwahl
3. Landwirtschaft: Nur noch Bio subventionieren
4. Bildung: Nachhaltigkeit fest im Lehrangebot verankern
5. Politische Beteiligung: Repräsentative Jugenddelegation auf Bundesebene
6. Energiewende konsequent umsetzen
7. Fokus auf soziale Gerechtigkeit beim Umwelt- und Klimaschutz
8. Nachhaltiges Leben in der Stadt und auf dem Land fördern
9. Digitalisierung ja, aber nachhaltig!
10. Plastikverbrauch reduzieren, Mülltrennung und Recycling voranbringen

Quelle: <https://www.bmu.de/publikation/zukunft-jugend-fragen-umwelt-klima-politik-engagement-was-junge-menschen-bewegt/> (Studie 2019, S.42/43)

a) Arbeitsteilige Gruppenarbeit: Fassen Sie die Forderungen des Jugendprojektbeirats kurz zusammen und ergänzen Sie die Inhalte mit Ihren Kenntnissen aus dem Unterricht.

b) Präsentieren Sie ihre Ergebnisse im Kurs.

c) Umfrage: Sie haben fünf Stimmen. Bepunkten Sie die fünf, Ihrer Meinung nach wichtigsten vorgestellten Themen.

ODER

c) Umfrage mit Teams oder anderen digitalen Umfragetools:

1. Ordnen Sie die vorgestellten Themen nach ihrer Wichtigkeit von Platz 1 (sehr wichtig) bis Platz 10 (weniger wichtig) an.
2. Nennen Sie noch andere Maßnahmen, die Sie fordern bzw. ergänzen würden.

d) Plenumsdiskussion o. Fishbowl: Diskutieren Sie die Abstimmung im Plenum. Überprüfen Sie, ob es noch andere Maßnahmen gibt, die Sie fordern bzw. ergänzen würden.

ODER

e) Plenumsdiskussion o. Fishbowl: Schauen Sie Ihre Materialien zu dieser Unterrichtsreihe noch einmal an und sammeln Sie Argumente und Fakten, die dafür und gegen die Diskussionsfrage „Kohlenstoffdioxid: Klimakiller und Rohstoff?“ sprechen. Diskutieren Sie die Frage zum Abschluss im Plenum.

Gruppe 1



Übergeordnete Klimaziele: „Grüne Null“ ist wichtiger als „schwarze Null“

Der menschengemachte Klimawandel setzt Kettenreaktionen in Gang, die irreversible Schäden zur Folge haben werden. Wir fordern die konsequente Einhaltung des im Pariser Klimaabkommen festgelegten Ziels, die globale Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Dies setzt voraus, dass Deutschland bis spätestens 2035 Klimaneutralität erreicht – das Ziel einer „grünen Null“ ist dabei für unsere wie für kommende Generationen wichtiger als das einer „schwarzen Null“.

Dafür ist an erster Stelle eine sektorenübergreifende Bepreisung von Kohlendioxid (CO₂) von 180 Euro pro Tonne nötig, um eine ausreichende Lenkwirkung zu erzielen. Diese und weitere Maßnahmen müssen stetig auf ihre Sozialverträglichkeit geprüft werden. Wie auch die anderen Teile der Wirtschaft muss der Finanzsektor zur Verantwortung gezogen werden: Wir fordern, dass ein Teil des Umwelt- und Klimaschutzes aus einer Finanztransaktionssteuer finanziert wird. Auch fordern wir die Abkehr von einer rein wachstumsorientierten Wirtschaft hin zu einer gemeinwohlorientierten Gesellschaft.

Gruppe 2



Mobilitätswende: Vom Autoland zur grünen Verkehrsmittelwahl

Der CO₂-Ausstoß des Verkehrssektors hätte in den letzten Jahren kontinuierlich sinken müssen, um die Klimaziele 2020 zu erreichen. Stattdessen hat das Verkehrsaufkommen zugenommen und der CO₂-Ausstoß im Verkehr ist insgesamt gestiegen. Daher braucht es dringend ein Umdenken!

Wir fordern den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und von Radwegen, um umweltfreundliche Mobilität in den Städten zu ermöglichen. Dazu gehört auch eine Verkehrspolitik, die dafür sorgt, dass Autofahren in Städten unattraktiv wird. Zudem ist ein klares Konzept für die Schiene notwendig, damit Menschen und Waren zukünftig über längere Strecken effizient und

klimaschonend ihr Ziel erreichen. Gleichzeitig soll eine Kerosinsteuer innerdeutsche Flüge unattraktiver machen. Die Mobilitätsanfordernisse der auf dem Land lebenden Menschen dürfen nicht ignoriert werden. Alternative Antriebe, gute Verkehrsnetz-Anbindung und Taktzeiten sowie Sharing-Angebote erleichtern ihnen den Umstieg vom motorisierten Individualverkehr auf umweltfreundlichere Mobilitätsformen.

Gruppe 3



Landwirtschaft: Nur noch Bio subventionieren

Der Landwirtschaftssektor trägt zur Umwelt- und Klimakrise bei und ist gleichzeitig stark davon betroffen. Um die Klimaziele zu erreichen, muss Massentierhaltung abgeschafft und ein hoher gesetzlicher Standard für artgerechte und ökologische Aufzucht festgelegt werden. Wir fordern, dass nur noch die biologische Landwirtschaft subventioniert wird und Höfe gefördert werden, die auf Bio umsteigen. Der Einsatz von Pestiziden sowie die Überdüngung und Übernutzung von Böden müssen reguliert und langfristig gestoppt werden. Monokulturen sollen zu Permakulturen transformiert und die Lebensmittelverschwendung verhindert und sanktioniert werden. Die Entkopplung der Ressourcenverbräuche der Landwirtschaft vom Wirtschaftswachstum ist notwendig, um allen Menschen eine ressourcenschonende und nachhaltige Lebensmittelversorgung zuzusichern.

Gruppe 4



Bildung: Nachhaltigkeit fest im Lehrangebot verankern

Deutschland hat sich dazu verpflichtet, das globale Nachhaltigkeitsziel Nummer 4 „Hochwertige Bildung weltweit“ der Vereinten Nationen bis 2030 national umzusetzen. Auch erkennt die Bundesregierung den hohen Stellenwert von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) für das Erreichen der globalen Nachhaltigkeitsziele und für effektiven Umwelt- und Klimaschutz an. BNE muss auf Bundesebene noch stärker verfolgt und unterstützt werden.

Wir fordern eine breite Vermittlung von Sachwissen zu den tatsächlichen Auswirkungen des menschlichen Handelns auf Klima und Umwelt und von Handlungswissen und -kompetenzen im Umgang damit. Nachhaltigkeit soll in den Bildungsangeboten für Kinder und Jugendliche und für Erwachsene systematisch berücksichtigt werden und insgesamt eine größere Rolle spielen. Formate wie Projektstage und -wochen zum Thema Nachhaltigkeit sollen fester Teil des Lehrangebots werden.

Gruppe 5



Politische Beteiligung: Repräsentative Jugenddelegation auf Bundesebene

Gerade Jugendliche erkennen ihre eigene Verantwortung beim Klima- und Umweltschutz und engagieren sich besonders, um dieser Verantwortung gerecht zu werden. Wir fordern gesetzliche Möglichkeiten zur Beteiligung wie etwa eine repräsentative Jugenddelegation auf Bundesebene, deren Forderungen fortlaufend in umweltpolitische Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Um freiwilliges Engagement zu unterstützen, sollte Ehrenamt in einem bestimmten zeitlichen Umfang ein Freistellungsgrund in Schule und Arbeit sein.

Gruppe 6



Energiewende konsequent umsetzen

Der Bundestag hat im Juni 2011 den endgültigen Ausstieg aus der Atomenergie und den Umstieg auf erneuerbare Energien beschlossen. Diese Energiewende hin zu Strom und Gas aus 100 Prozent erneuerbaren Quellen muss zügig vollzogen werden. Der Atomausstieg muss konsequent umgesetzt werden, da das Problem der Endlager nicht lösbar ist. Voraussetzung für die Energiewende ist, keine neue fossile Infrastruktur zu bauen. Der Kohleausstieg bis 2030 muss zudem sozial gerecht erfolgen. Dies erfordert die Weiterbildung und Umschulung von Beschäftigten der fossil-atomaren Energiewirtschaft sowie Förderprogramme für strukturschwache Regionen, in denen Kohle abgebaut wurde.

Wir fordern einen raschen Ausbau der Solar- und Windenergie und die Erforschung der Potenziale weiterer erneuerbarer Energiequellen. Der Staat soll alle Energieversorger dazu verpflichten, den Privathaushalten wie auch öffentlichen und gewerblichen Abnehmern grundsätzlich einen Ökostrom- oder Biogas-Vertrag anzubieten. Die Energiewende muss einhergehen mit einer konsequenten Reduktion des absoluten Energieverbrauchs.

Gruppe 7



Fokus auf soziale Gerechtigkeit beim Umwelt- und Klimaschutz

Umwelt- und Klimaschutz darf sozial schwache Haushalte nicht stärker belasten. Eine soziale Grundsicherung ist unabdingbar, die unabhängig von Alter, Geschlecht, nationaler oder sozialer Herkunft und sonstigem Status gleichberechtigt allen Menschen ökologische Standards ermöglicht. Dafür fordern wir, dass nachhaltiger und bezahlbarer Wohnraum staatlich gefördert wird und Arbeitsplätze in strukturschwachen Gegenden geschaffen werden. Der öffentliche Personennahverkehr soll kostenlos und gesunde, umweltfreundlich und fair produzierte Lebensmittel sollen bezahlbar sein.

Damit der Klimaschutz sozial gerecht ist, fordern wir eine Klimadividende: Allen Bürgerinnen und Bürgern soll der gleiche Betrag aus den Erträgen der Bepreisung von Kohlendioxid zurückgezahlt werden.

Gruppe 8



Nachhaltiges Leben in der Stadt und auf dem Land fördern

In Stadt und Land stehen Menschen unterschiedlichen Herausforderungen gegenüber. Wir fordern, dass umweltfreundliche Mobilitätsangebote und Netzinfrastrukturen auf dem Land ausgebaut sowie lokale Einkaufsmöglichkeiten, ärztliche Versorgung und öffentlich zugängliche Treffpunkte für Engagement und Vernetzung gefördert werden, um die strukturellen Voraussetzungen für umweltfreundliche Lebensstile auf dem Land zu schaffen.

Vor allem in sozial schwachen Stadtbezirken fordern wir mehr Grünflächen und eine verbesserte Luftqualität. Generell sollen Parkplätze verteuert und langfristig reduziert sowie umweltfreundliche Ausflugsmöglichkeiten in die Natur gefördert werden, um die Lebensqualität der Stadtbevölkerung zu steigern.

Gruppe 9



Digitalisierung ja, aber nachhaltig!

Die Digitalisierung ist energieintensiv und für die Hardware müssen viele Ressourcen aufgebracht werden – oft unter umweltschädlichen und menschenrechtsverletzenden Umständen. Wir fordern, dass der Staat Gesetze auf den Weg bringt, die zu einer ressourcenschonenden und sozial verantwortungsvollen Herstellung und Nutzung von Hard- und Software verpflichten. Dazu zählt das Recycling von seltenen Erden, digitale Suffizienz bei der Nutzung sowie die Deckelung der Retouren bei Online-Versanddienstleistern. Um die Kreislaufwirtschaft zu fördern, müssen Hersteller über das Verbraucherschutzgesetz zu einer preiswerten Reparatur von Einzelteilen verpflichtet werden. Ergänzend ist die bewusste Reduzierung der Haltbarkeit von Produkten durch längere Garantiezeiten zu verhindern. Langfristig soll die Technologiebranche als stabile Kreislaufwirtschaft umgebaut und etabliert werden.

Gruppe 10



Plastikverbrauch reduzieren, Mülltrennung und Recycling voranbringen

Die ressourcenintensive Herstellung von Plastik und dessen kurzlebige Nutzung stellen ein großes Problem für Umwelt und Klima dar. Nach dem Motto „Reduce, Reuse, Recycle“ muss die Industrie mehr Müll vermeiden und klimaschonende Alternativen bei Verpackungen einsetzen. Dafür fordern wir, dass eine Kreislaufwirtschaft erprobt und anschließend ausgeweitet wird. Auch ist ein Exportstopp von Abfall dringend notwendig, damit Transportwege gespart und Lösungen vor Ort gefunden werden. Im Bereich Mülltrennung muss Aufklärungsarbeit geleistet und ein bundesweit einheitliches Recyclingsystem geschaffen werden.